

Bezirksprogrammanträge

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Transparenter Bezirk

Informationen

Antragssteller: [Benjamin Stöcker](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Pirate Feedback: [Initiative i3: Bezirkswahlprogramm: Transparenter Bezirk](#)

Antrag

Es wird beantragt folgenden Programmpunkt in das Programm zur Bezirkswahl aufzunehmen:

Transparenter Bezirk

Transparente Politik wird im digitalen Zeitalter immer kostengünstiger und wichtiger. Die Menschen sind es immer mehr gewohnt, Informationen digital und durch Suchmaschinen auffindbar zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dies ermöglicht ein bisher ungeahntes Verstehen von politischen Prozessen durch den Bürger, was seine Teilhabemöglichkeiten stark erhöht.

Transparenter Bezirkstag

Politische Prozesse – auch auf Bezirksebene – sollten unserer Ansicht nach möglichst öffentlich, nachvollziehbar und zeitpunktunabhängig dem Bürger offen stehen. Hierfür fordern wir die Sitzungen des Bezirkstages, die nicht personenbezogene Daten betreffen, nicht nur öffentlich abzuhalten, sondern in Ton und Bild aufzuzeichnen und im Internet zu veröffentlichen. Wir sehen hier das Informationsrecht der Öffentlichkeit höher gewichtet als die Persönlichkeitsrechte der Mandatsträger während der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in den politischen Gremien.

Des Weiteren sollen alle Anträge und Informationsmaterialien, die den Mitgliedern des Bezirkstages zur Verfügung gestellt werden, im Internet angemessen veröffentlicht werden. Dies gilt ebenfalls für das Abstimmverhalten der einzelnen Räte. Uns ist bewusst, dass diese Informationen sich bisher nicht in den Protokollen finden, wir sind aber der festen Überzeugung, dass dies für viele Bürger bei ihren zukünftigen Wahlentscheidungen eine Rolle spielen würde.

Das Bezirksrecht ist über das Internetangebot des Bezirks vollständig zugänglich zu machen.

Bürgerbeteiligung

Die Piraten Oberfranken setzen sich dafür ein, dass Bürger/innen an politischen Entscheidungen im Bezirk weitestgehend beteiligt werden, z.B. über

- frühzeitige Veröffentlichung von politischen Projekten und Plänen
- Einrichtung und Nutzung digitaler Bürgerbeteiligungssoftware (Digitale Liquid Democracy Petitionssysteme)
- Bürgerversammlungen zur Diskussion aktueller politischer Probleme auf Bezirksebene
- Förderung von Bürgerjournalismus als kultureller Aufgabe
- Förderung des Ehrenamts

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag

2013.1/Anträge/Inklusion

Informationen

Antragssteller: [Benjamin Stöcker](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Pirate Feedback: [Initiative i4: Bezirkswahlprogramm: Inklusion](#)

Antrag

Es wird beantragt folgenden Programmpunkt in das Wahlprogramm für den Bezirkstag aufzunehmen:

Inklusion

Die in Oberfranken unterstützen ausdrücklich das „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ von 2008. Diese schafft keine Sonderrechte, sondern präzisiert und konkretisiert vielmehr den allgemeinen Menschenrechtsschutz für die besonderen Gefährdungen, denen Menschen mit Behinderungen ausgesetzt sind. Es geht dabei vor Allem um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung ihrer Rechte.

Der Freistaat Bayern beabsichtigt künftig ein inklusives Bildungssystem auf den Weg zu bringen, das auf zwei Säulen ruht: der Einzelintegration und der Inklusionsklasse. Dieser Ansatz wird von uns grundsätzlich begrüßt. Wir bemängeln aber, dass es bisher dazu noch wenige Handlungsschritte gab und der Ansatz nur halbherzig verfolgt wird. Im Bezirk Oberfranken gibt es derzeit über 30 Schulen für Schüler/innen mit Behinderung. Ein großer Teil der Kosten für die Beschulung in diesen Förderschulen wird vom Bezirk getragen.

Wissensaufbau und Transparenz

Wir werden im Bezirk konsequent darauf drängen, bei der Inklusion von Schüler/innen in den Regelschulen aktiv zu werden und auf Veröffentlichung von Informationen über den Stand der Inklusion drängen. Vor allem werden wir die Vorlage eines schlüssigen und sozialpädagogisch fundiertem Konzept fordern.

Wir halten es für dringend erforderlich, dass es bei den geplanten Inklusionsklassen neben einer zusätzlichen pädagogischen Fachkraft auch wissenschaftliche Begleitung und Evaluationen gibt. Hierzu ist eine enge Kooperation mit den Hochschulen im Bezirk aufzubauen.

Heimatnahe Angebote

Wir stellen fest, dass nach wie vor für den Kinder mit einer Sinnesschädigung (Schüler/innen mit Hör- Sprach oder Sehschädigung) in den Regelschulen am Heimatort kaum Angebote existieren und sie statt dessen weiterhin in einer Zentralschule unterrichtet werden müssen. Das ist für ca. 50 Kinder aus dem Bezirk mit einer Internatsunterbringung in Bamberg verbunden. Wir stellen dieses Konzept zur Disposition. Aus unserer Sicht ist es nicht akzeptabel, dass der Bezirk Kosten von über 2 Millionen Euro jährlich für Internatsunterbringung von Schüler/innen mit Sinnesbehinderung zahlt und gleichzeitig dezentrale Lösungen fachlich fundierter Beschulungsmöglichkeiten am Heimatort außer Acht lässt.

Nach unserer Auffassung können Schulen mit Förderschulen durchaus Sinn haben. Wir plädieren nicht für deren Abschaffung, wohl aber für einen Umbau in Richtung von Förder- und Beratungszentren. Wir werden uns im Bezirk dafür einsetzen, dass die Förderschulen und Regelschulen in ihrer Neu-Ausrichtung unterstützt werden. Uns ist klar, dass dazu teilweise erhebliche Investitionen erforderlich sind. Dazu werden wir Finanzierungskonzepte im Bezirk entwickeln und für eine entsprechende Umsetzung eintreten.

Inklusion ist keine Einbahnstraße

Für uns ist es auch vorstellbar, dass Schüler/innen ohne Behinderung Förderschulen besuchen können, wenn Eltern das wünschen. Inklusion ist für uns in beide Richtungen denkbar. Grundsätzlich sollen Schüler/innen eine bestmögliche Förderung im Rahmen ihrer ausbaufähigen Möglichkeiten erfahren. Dabei ist der Wunsch der Eltern ganz entscheidend. Der Elternwunsch ist für uns auch der politische Auftrag. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Eltern immer Wahlmöglichkeiten bei der Beschulung ihrer Kinder haben.

Unsere Forderungen

- Jedes Kind hat ein Anrecht auf eine Beschulung in einer Schule vor Ort.
- Der Elternwunsch hat Vorrang.
- Die Beratung der Eltern soll ergebnisoffen sein (keine Vorgabe für eine bestimmte Beschulungsform)
- Die Zahl der Schüler mit einem Förderbedarf muss an Regelschulen erhöht werden.
- Der Umbau- und die Neuausrichtung der vorhandenen Förderschulen muss zügig erfolgen. Dazu muss der Bezirk die Rahmenbedingungen schaffen.
- Internatsunterbringungen von Schülern mit Behinderung sind zurückzufahren.
- Die Regelschulen sind mit pädagogischem Fachpersonal zusätzlich auszustatten (Erzieher, Sozialpäd. Förderschullehrer)
- Alle Schulen im Bezirk müssen entsprechend des Bedarfs der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen entsprechend Bau technisch ausgerüstet werden.
- Frühförderung von Kindern mit Behinderung muss finanziell sichergestellt und langfristig abgesichert sein.

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Nervenkliniken

Informationen

Antragssteller: [Benjamin Stöcker](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Quelle: [Antrag zum Bezirkspartei 2012](#) (wurde nicht mehr behandelt)

Antrag

Es wird beantragt ins Bezirkswahlprogramm folgendes aufzunehmen:

Arbeitsbedingungen in den Nervenkrankenhäusern

Das Pflegepersonal und auch die anderen Angestellten in den Nervenkrankenhäusern üben einen für die Gesellschaft wichtigen Job aus. Gerade beim Fachpersonal wird der Fachkräftemangel immer größer, da aufgrund der Überalterung der Bevölkerung Pflege verstärkt nachgefragt wird. Wir halten es daher für geboten, dass die Angestellten nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst bezahlt werden

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Commons: Vorfahrt für

Kooperation, Selbstorganisation und Gemeinsinn

Informationen

Antragssteller: [Marcus Dingreiter](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Pirate Feedback: [Initiative i21: Commons: Vorfahrt für Kooperation, Selbstorganisation und
Gemeinsinn](#)

Antrag

Es wird beantragt ins Bezirkswahlprogramm folgendes aufzunehmen:

Commons: Vorfahrt für Kooperation, Selbstorganisation und Gemeinn

Die Piraten setzen sich dafür ein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Menschen zu bewegen, Verantwortung zu übernehmen und Verantwortung zu teilen und Institutionen nachhaltig und erfolgreich zu organisieren.

Vorhandene Institutionen überprüfen

In allen kommunalen Gebietskörperschaften - insbesondere Gemeinden, kommunalen Verbänden, Landkreisen und dem Bezirk (nur Bayern) - sollen

- die Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Organisationsmodelle (Commons) zur Lösung politischer und gesellschaftlicher Aufgaben in einem fortlaufenden Prozess im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten überprüft, und
- Institutionen bei Bedarf reformiert oder neu geschaffen werden.

Commons als Bildungsaufgabe(1)

Ferner sind Inhalte und Konzepte kooperativer Organisationsmodelle und Institutionen wie etwa Genossenschaften, Zweckverbände, kommunale Zusammenarbeit, zum Bestandteil der Lernziele in etwaigen Bildungseinrichtungen und -projekten zu machen.

Commons als Sozialaufgabe

Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen benötigen öffentliche Plätze und Einrichtungen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können(2). Dies können Parks, Spielplätze, Marktplätze, Gemeindezentren, Schwimmbäder, Gemeinschaftsgärten(3), Obstallmenden(4) oder öffentliche Sportplätze sein, Daher muss im öffentlichen Diskurs laufend Bedarf und Nutzen solcher Plätze und Einrichtungen analysiert werden, um allen gesellschaftlichen Gruppierungen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. In Regionen mit demografisch kritischen Prognosen sind innovative Formen des sozialen Miteinanders zu fördern, z.B. Gemeinschaftszentren ([http://www.lebensgarten.de\(5\)](http://www.lebensgarten.de(5))).

Vorrang für Commons

Bevor gesellschaftliche Aufgabenbereiche privatisiert oder verstaatlicht werden, ist jeweils zu prüfen, ob Kooperation in Selbstverwaltung als dritte Option in Betracht kommt. Bei gleicher oder besserer Eignungsprognose ist der Kooperation in Selbstverwaltung der Vorrang zu geben.

Anleitung und Unterstützung für Commons-Projekte

Auf allen Ebenen wirtschaftspolitischer Entscheidungsstrukturen ist entsprechendes Fachwissen anzusiedeln, um etwaige kooperative Selbstverwaltungsprojekte bei der Institutionenfindung und -umsetzung zu beraten, zu unterstützen und zu fördern sowie bei Bedarf zu moderieren. Beispiele hierfür sind etwa

- Kooperationen
 - im Rahmen der Nahrungsmittelproduktion wie z.B.
 - Allmendeprojekte in der Landwirtschaft,
 - Urban Gardening(6)

- im Rahmen der Energieversorgung(7),
- im Gesundheitswesen(8) wie z.B.
 - medizinische Versorgungszentren oder
 - alternative Gesundheitsversorgungsmodelle(9),
- ferner Collaborative Consumption: Gemeinsame Nutzung von Konsumgütern(10) sowie
- regionale Wirtschaftskreisläufe und Kreditallmenden(11) mit
 - regionalen Parallelwährungen und
 - alternativen Tauschsystemen(12).
- Transitions Towns(13).
- Wohnraumprojekte(14)

Freie Software in der Verwaltung

Wir setzen uns für die schrittweise Umstellung der Verwaltung auf sog. freie Software ein(15), soweit nicht schwerwiegende Gründe dagegen sprechen. Darüber hinaus sollte den einzelnen Behörden Umstellungshilfe gegeben werden, damit diese ihre gesamte Verwaltung auf Opensource umstellen. Ein Vorbild hierfür kann die Landeshauptstadt München mit dem Projekt LiMux sein.

Offene Daten

Die Bürger haben ein Recht auf den Zugriff der durch Steuergelder finanzierten Daten, wie z.B. Verkehrsdaten oder Umweltdaten. Land und Bezirke sollten hier für die Kommunen und Kreise in Bayern ein gemeinsames Datenportal initiieren, so dass Bürger schnell, einfach und zentral auf diese Daten zugreifen können. Diese Daten sollten dabei ohne Antragsverfahren, Lizenzen, Gebühren und in offenen Formaten verfügbar sein. Die Weiterverbreitung sowie kommerzielle Nutzung sollen ausdrücklich gestattet werden. Hierzu empfehlen wir die Verwendung einer sogenannten Creative Commons Lizenz.

Internationale wissenschaftliche Vernetzung

Im Rahmen der Umsetzung der in den vorhergehenden Absätzen genannten Programmpunkte sind jeweils die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Commons-Forschung zugrunde zu legen. Anleitende und umsetzende Institutionen sollten hierzu der International Association for the Study of the Commons (<http://www.iasc-commons.org/>) beitreten und entsprechende organisatorische Zuständigkeiten im Rahmen ihrer Verwaltung schaffen. Staatliche Institutionen haben in ihren Jahresberichten zu Aktivität und Fortschritten auf diesem Gebiet öffentlich Rechenschaft zu legen.

Antragsbegründung

Die Piraten

Neben Netz- und Bürgerrechtspolitik kann die Forderung nach Teilhabe als zentrales politisches Anliegen der Piraten bezeichnet werden. Die politische Dimension der Teilhabe ist bei den Piraten auf vielfältige Weise inhaltlich ausgeprägt, so etwa

- als Forderung nach einer Stärkung direkter Demokratie und basisdemokratischer Strukturen
- als Forderung Wissen zu teilen statt Patente auf Lebewesen, Gene und Software zu gestatten, oder
- als Forderung nach offenen Standards und freier Software statt monopolartiger und/oder feudaler Strukturen.

Dass die Piratenpartei als “Mitmachpartei” gilt, ist so betrachtet nur konsequent. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche wirtschaftspolitische Konzeption mit dieser Trias aus Netz, Teilhabe und Bürgerrechten in Einklang zu bringen ist

Staat und Bürger - versöhnen statt spalten

Die auf Adam Smith zurückgehenden wirtschaftspolitischen Konzepte sehen vereinfacht gesagt das Streben des Individuums nach individuellem Nutzen als Grundlage größtmöglichen volkswirtschaftlichen Erfolgs an. Der volkswirtschaftliche Nutzen ist nach einem auf den Wirtschaftsnobelpreisträger John Nash zurückgeführten Konzept demgegenüber dann am größten, wenn der einzelne nicht nur an sich, sondern auch an die Gruppe denkt. Staat und Bürger haben sich durch diese Konzepte und Denkweisen, die Staat gegen Privat sehen - in vielen Bereichen weitgehend "entkoppelt". Der Bürger misstraut dem Staat. Der Staat misstraut dem Bürger und will ihn möglichst weitgehend kontrollieren. Auch hier stellt sich die Frage nach einer wirtschaftspolitischen Konzeption, die geeignet ist, Staat (im Sinne von Gemeinwesen) und Bürger wieder zusammenzuführen, eine wirtschaftliche Konzeption, die versöhnt statt zu spalten. Die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom führt als dritte Dimension neben Individual- und Gruppeninteresse den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen in die volkswirtschaftliche Debatte ein. Wurden volkswirtschaftliche Konzepte bis dato üblicherweise auf Verstaatlichungs- oder Privatisierungstendenzen reduziert, benennt Ostrom eine dritte Variante erfolgreichen Wirtschaftens: in Selbstorganisation verwaltete Gemeingüter - sog. Commons. Die nachhaltige Nutzung, nicht das Eigentum steht dabei im Vordergrund. "Wenn sich zwei Bauern sich eine Wiese teilen, kann das nie gut gehen..." ...so könnte man die Vorurteile beschreiben, die sich als "Tragik der Allmende" in der Volkswirtschaft einen Namen gemacht haben. Das Verdienst von Elinor Ostrom ist es, durch die wissenschaftliche Beobachtung und Untersuchung von ca. 5.000 Allmendeprojekten weltweit Kriterien für deren Erfolg bzw. Misserfolg definiert zu haben. Sie konnte nachweisen, dass erfolgreiche Allmendeprojekte (Commons) den Konzeptionen der Verstaatlichung und / oder Privatisierung überlegen sind. Am Beispiel der Energiewirtschaft lässt sich der Weg der verschiedenen wirtschaftlichen Konzeptionen veranschaulichen: staatliche Energieversorger wurden zunächst privatisiert mit dem Argument, dass privatwirtschaftliche Strukturen effektiver arbeiten und höheren Nutzen etwa durch niedrigere Preise für die Verbraucher erzeugen könnten. Kritiker würden hier wohl entgegenhalten, dass in erster Linie Gewinne privatisiert und - wie etwa bei der Endlagerungsproblematik - wesentliche Kostenfaktoren der (Atom-)Energieerzeugung sozialisiert wurden.

Der Staat als Gemeinwesen

Es gibt eine dritte Lösung, die weder unter das Etikett der Verstaatlichung noch unter das der Privatisierung passt: eine Commons-Lösung. Sie würde etwa die Energieerzeugung auf lokaler oder regionaler Ebene in sich selbst verwaltenden Institutionen fördern: dezentral - kommunal - mit der Option der Bürgerbeteiligung in einer Energie- oder Stadtwerkegenossenschaft.

Das "Betriebssystem" der Commons (Helfrich(16)) setzt nicht auf Verknappung, sondern auf eine Einstellung, dass genug für die Bedürfnisse aller da ist. Menschenbild ist nicht der individuelle Nutzenmaximierer im Sinne Adam Smiths, auch nicht ein maximaler Gruppennutzen wie er etwa durch Auswüchse des Lobbyismus ad absurdum getrieben wird. Menschenbild der Commons ist der Mensch als auf Kooperation angelegtes soziales Wesen. Aspekte der verantwortungsbewussten, im Sinne nachhaltiger, Teilhabe bilden erstmals das Profil eines volkswirtschaftlichen Menschenbildes. Nicht Abgetrenntsein, sondern Bezogenheit ist das Paradigma der Commons. Gemeinschaften und Netzwerke sind die Spieler, nicht Macht- oder Geldeliten. Die Kernfrage der Commons ist nicht, was sich verkaufen lässt, sondern was wir zum Leben brauchen. Künstliche Verknappung wie etwa beim Leistungsschutzrecht ist schlichtweg unvereinbar mit dem Prinzip der Commons. Bei sog. nicht rivalen Ressourcen regiert die Idee des freien Zugangs (Open Access). Nutzungsrechte werden nicht gewährt oder "lizensiert", sondern nach dem Prinzip der Fairness gemeinsam von koproduzierenden Nutzern entwickelt und festgelegt: Selbstorganisation statt Fremdbestimmung. Das Commons-Betriebssystem setzt auf die

Erkenntnis, dass ich selbst am besten wirksam werden kann, wenn ich andere bei deren Selbstwirksamkeit unterstütze. Unser konventionelles System des Wirtschaftens sieht den anderen als Konkurrenten: auf Produzenten- oder Konsumentenseite. Selbstentfaltung wird hier zur Illusion eines auf endloses Wachstum und nie endende Befriedigung setzenden Wirtschaftens. Der Staat kann dadurch, dass er Commons

- in einem ersten Schritt anerkennt und
- in einem zweiten Schritt fördert und moderiert,

Vertrauen zwischen Bürger und Gemeinwesen wieder aufbauen. Der Staat, der sein Selbstverständnis als Gemeinwesen re-definiert, ist aus Sicht der Commons eben eine Commons-Institution und nicht ein Gegner, der den Bürger kontrollieren will oder in erster Linie zur Finanzierung als Steuersubjekt gebraucht. Umgekehrt brauchen die Commons den Staat, die Commons brauchen eine "Gemeinwesen-Renaissance", um selbst in eine produktive Wechselwirkung mit dem Gemeinwesen treten zu können. Hier liegen aus Sicht der Piratenpartei Potenziale verborgen, die für die Zukunft menschlicher Gesellschaft bedeutende, wenn nicht entscheidende Funktionen bereithalten: es geht um die entscheidende Frage, ob es uns gelingt, den Staat wieder zum Gemeinwesen zu machen, zur Institution, an der die Bürger teilhaben und für die sie sich verantwortlich fühlen.

Selbstwirksamkeit und Verantwortung

In vielen Bereichen haben Bürger verlernt, Verantwortung zu übernehmen - für sich selbst, für andere, für die Gesellschaft. Man kann das beobachten im Gesundheitssystem: der Einzelne hat oftmals verlernt, Verantwortung für seine Gesundheit zu übernehmen und umzusetzen. Das quasi verstaatlichte auf der einen Seite oder privatisierte Gesundheitssystem auf der anderen Seite mag hier mitursächlich sein. Im Gegensatz zu neoliberalen Ansätzen entspricht es nicht dem Selbstverständnis der Piratenpartei, dass jeder für sich selbst verantwortlich sei und deshalb auch selbst für sich sorgen müsse. Ziel ist es, die Selbstwirksamkeit der Bürger zu stärken, nicht indem man sie allein lässt, sondern indem man sie in Gemeinschaften einbindet, in denen Selbstwirksamkeit und Selbstverantwortung gelebt wird und ggf. gelernt werden kann. Der Staat übernimmt und trägt nach unserem Verständnis die Verantwortung für die Anerkennung und Förderung dieser Gemeinschaften, die dem Einzelnen die Chance geben, aus Resignation und Passivität herausfinden und als innerlich produktives Wesen am Gemeinwesen teilzuhaben: eine Chance für Commons, Staat und Bürger.

Commons als Chance sozialer Innovation

Unter Berücksichtigung der oben genannten Kriterien bestehen deutliche Bezüge zwischen dem "Piraten-Betriebssystem" der Teilhabe und dem "Commons-Betriebssystem". Wie lässt sich also der im Piratenparadigma fest verankerte Commons-Gedanke aus dem virtuellen Raum (z.B. Creative Commons) u.a. auf die menschlichen Grundbedürfnisse Gesundheit, Nahrung, Wasser, Bildung, Wohnraum, Pflege und Energie übertragen? Um die Bezüge von Gemeinwesen und Commons klarer herauszuarbeiten, bieten sich in einem ersten Schritt die oben genannten Methoden und Werkzeuge an.

(1) George Pór, Commoning lernen, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 264 ff.; <http://www.schoolofcommoning.com>

(2) Sabine Lutz, Shared Space: Geteilter Raum ist doppelter Raum, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 295 ff.

(3) Beispiel: Modellprojekt "Urbaner Gartenbau" in Bamberg ; Christa Müller, Urban Gardening: Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt; Christa Müller, Reiche Ernte in Gemeinschaftsgärten - Beim urban gardening findet der Homo oeconomicus sein Korrektiv, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 267 ff.; <http://www.stadtgarten.org> ;

- (4) Beispiel aus dem web 2.0.: <http://www.mundraub.org/> ; www.agropolis-muenchen.de ; <http://laskeriwese.blogspot.com> ; www.allmende-kontor.de ; Katharina Frosch, Mundraub? Allmendeobst!, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 273ff.
- (5) Margot Kennedy, Leben im Lebensgarten, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 275 ff.
- (6) s.o. Fn. 3
- (7) Julio Lambing, Stromallmende: Wege in eine neue Industriegesellschaft, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 479 ff.
- (8) <http://onthecommons.org/category/tags/health-care>; Treating Health Care as a Commons
- (9) z.B. <http://www.artabana.de>
- (10) z.B. Carsharing
- (11) Thomas H. Greco, Die Rückerorberung der Kredit-Allmende, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 278 ff.; Beispiel: WIR Bank-Genossenschaft
- (12) z.B. <http://www.cyclos.org> ; <http://www.socialtrade.org/> : <http://www.monnetta.org>
- (13) <http://www.transition-initiativen.de>; <http://transitionculture.org> ; <http://www.transitionsnetwork.org> ; Gerd Wessling, Transition - Initiativen des Wandels, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 299 ff.
- (14) z.B. Magrit Kennedy, Leben im Lebensgarten, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 275 ff.; Stefan Rost, Das Mietshäuser Syndikat, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 285 ff., Mietshäuser Syndikat Geert de Pauw, Die Stadt von morgen steht auf Gemeinschaftsland, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 288 ff.;
- (15) s.a. Federico Heinz, Öffentliche Verwaltung braucht Freie Software, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons, S. 371 ff.
- (16) Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf dem Beitrag von Silke Helfrich "Das 'Betriebssystem' der Commons" in: Commons - Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, transcript Verlag (S. 66 ff.)

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Landwirtschaftliche Lehrbetriebe Informationen

Antragssteller: [Benjamin Stöcker](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Quelle: [Antrag zum Bezirksparteitag 2012](#) (wurde nicht mehr behandelt)

Antrag

Es wird beantragt, folgenden Text in das Bezirkswahlprogramm aufzunehmen:

Landwirtschaftliche Lehranstalten Bayreuth

Wir Piraten werden uns für deren Erhalt und weiteren Ausbau der Ausbildungsstätten für Land- und Fischwirtschaft einsetzen. Besonders unterstützen wir die Ausbildung im Bereich der regenerativen Energiegewinnung, weil wir davon ausgehen, dass die Energiegewinnung der Zukunft im besonderen Maße im landwirtschaftlichen Sektor stattfinden wird in den Bereichen Fotovoltaik, Biogas, Wärmerückgewinnung Landwirtschaftliche Betriebe der Zukunft sind High-Tech Unternehmen. Auch Landwirte, die bewusst auf „Bio“ setzen, werden ihren Betrieb nur wirtschaftlich betreiben können, wenn sie auf Hard- und Software-Unterstützung zurückgreifen können. Innovative Landwirtschaft wird von uns Piraten ausdrücklich unterstützt. Ohne den Einsatz modernster EDV und Satelliten-Navigation der Traktoren wird die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln lokal und weltweit nicht

wirtschaftlich sein. Wir werden uns daher im Bezirk dafür einsetzen, dass die Auszubildenden in der Lehranstalt Bayreuth mit der neuesten Technik konfrontiert werden. Die dazu notwendigen Investitionen des Bezirks werden wir fordern. Eine stetige Zusammenarbeit mit den Hochschulen und die Entwicklung von Kooperationsmodellen werden von uns Piraten unterstützt.

Wir schauen zu – gelebte Transparenz

Bezirksräte haben die Möglichkeit einen überparteilichen Gruppen-Besuch in den Lehranstalten für Landwirtschaft in Bayreuth zu veranstalten. Wir werden diese Gelegenheit nach Möglichkeit für die Bürger gut nutzen. So schaffen wir Transparenz vor Ort.

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Arbeitsbedingungen in Bezirkskrankenhäusern

Informationen

Antragssteller: [Benjamin Stöcker](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Pirate Feedback: [Initiative i5: Bezirkswahlprogramm: Arbeitsbedingungen in Bezirkskrankenhäusern](#)

Antrag

Es wird beantragt ins Bezirkswahlprogramm folgendes aufzunehmen:

Arbeitsbedingungen in den Bezirkskrankenhäusern

Das Pflegepersonal und auch die anderen Angestellten in den Bezirkskrankenhäusern üben eine für die Gesellschaft wichtige Tätigkeit aus. Gerade beim Fachpersonal wird der Fachkräftemangel immer größer. Dies wird unter anderem auch durch die unzureichende Entlohnung des Pflegepersonals bei gleichzeitiger zunehmender Überalterung der Bevölkerung verschärft. Wir halten es daher für geboten, dass die Angestellten nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst bezahlt werden.

Die Pflegekräfte sind für uns ein wichtiger und integraler Bestandteil der klinischen Einrichtungen. Beschäftigungsverhältnisse in Leiharbeit und Arbeitnehmerüberlassung werden unserer Ansicht nach der durch die Pflegekräfte übernommenen wichtigen Aufgabe nicht gerecht. Wir setzen uns daher für eine direkte Beschäftigung des Pflegepersonals durch die Einrichtungen ein.

Dies schließt jedoch nicht den Einsatz von Fremdpersonal zum Abfangen von Bedarfsspitzen oder kurzfristigen Ausfällen durch Krankheit etc. aus. Der Einsatz von Fremdpersonal soll in der Regel jedoch nicht auf länger als 6 Monate angelegt sein. Im Jahresmittel darf das Verhältnis zwischen Fremd- und Stammpersonal nicht größer als 1:10 betragen.

Anmerkung

Eine ähnliche Einschränkung der Leiharbeit findet sich im Bundestagswahlprogramm wie es vom Bundesparteitag 2012.2 für die Bundestagswahl 2013 beschlossen wurde.

<http://www.piratenpartei.de/politik/gesellschaftliche-teilhabe/arbeit-und-soziales/#Leiharbeit>

Kommunale Leitlinien

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag

2013.1/Anträge/Transparente Kommunen

Informationen

Antragssteller: [Benjamin Stöcker](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Pirate Feedback: [Initiative i7: Kommunale Leitlinie: Transparente Kommunen](#)

Antrag

Es wird beantragt folgende Leitlinie für unsere Kommunale Arbeit zu beschließen

Transparenz in Kommunen

Transparente Politik wird im digitalen Zeitalter immer kostengünstiger und wichtiger. Die Menschen sind es immer mehr gewohnt, Informationen digital und durch Suchmaschinen auffindbar zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dies ermöglicht ein bisher ungeahntes Verstehen von politischen Prozessen durch den Bürger, was seine Teilhabemöglichkeiten stark erhöht.

Transparente Gremien

Politische Prozesse – auch auf kommunaler Ebene – sollten unserer Ansicht nach möglichst öffentlich, nachvollziehbar und zeitpunktunabhängig dem Bürger offen stehen. Hierfür fordern wir die Sitzungen der Kreistage und Stadträte aller Kreisfreien Städte, die nicht personenbezogene Daten betreffen, nicht nur öffentlich abzuhalten, sondern in Ton und Bild aufzuzeichnen und im Internet zu veröffentlichen. Wir sehen hier das Informationsrecht der Öffentlichkeit höher gewichtet als die Persönlichkeitsrechte der Mandatsträger während der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in den politischen Gremien.

Des Weiteren sollen alle Anträge und Informationsmaterialien, die den Mitgliedern der Gremien zur Verfügung gestellt werden, im Internet angemessen veröffentlicht werden. Dies gilt ebenfalls für das Abstimmverhalten der einzelnen Räte. Uns ist bewusst, dass diese Informationen sich bisher nicht in den Protokollen finden, wir sind aber der festen Überzeugung, dass dies für viele Bürger bei ihren zukünftigen Wahlentscheidungen eine Rolle spielen würde.

Es ist äußerst kritisch, dass immer mehr Entscheidungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Aufsichtsgremien der Kommunalen Träger (GmbHs, Stiftungen) verschoben werden. Zwar sind diese mit Stadtratsmitgliedern meist demokratisch besetzt, allerdings gelten für die Sitzungen und Bilanzen meist nicht die gleichen Transparenzregelungen, wodurch der Bürger die Entscheidungen nicht mehr voll nachvollziehen kann. Daher werden wir darauf hinarbeiten, dass bei Neugründungen die entsprechenden Satzungen mindestens den Transparenzstandards der Kommune festschreibt. Bei bestehendem Träger wirken wir auf eine Verbesserung hin.

Darüber hinaus befürworten wir Piraten die Einführung von Kommunalinstanzen von Abgeordnetenwatch alle Landkreise und Kreisfreien Städte. Nach Angaben von Abgeordnetenwatch entstehen hierfür jeweils 100€ an Kosten pro Monat. Wir sind der Meinung, dass dies von der öffentlichen Hand getragen werden kann, bis sich genug Spender aus der Bürgerschaft finden.

Transparente Verwaltung

In der Zukunft wird der Anspruch der Bürger nach Informationsfreiheit nicht nur an die Politik sondern auch an die Verwaltung immer lauter werden. Wir Piraten fordern, dass alle

Kreisfreien Städte und Landkreise in Oberfranken die Musterinformationsfreiheitsatzung des Verein "Bündnis Informationsfreiheit für Bayern" übernehmen.

Der Bürger hat ein Recht nicht personenbezogene Daten aus der Verwaltung maschinenlesbar zur Verfügung gestellt zu bekommen. Wir Piraten befürworten daher das automatische Veröffentlichen aller nicht personenbezogenen Daten der Verwaltung. Uns ist bewusst, dass dies zu Beginn ein aufwendiger Prozess ist, welcher gerade für eine Gemeinde alleine kostenintensiv sein kann. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass dies nicht nur die Verwaltung den Bürger näher bringt und die Rechtslage verbessert, sondern auf lange Sicht auch Kosten einsparen kann.

So können Verkehrsdaten, Umweltdaten und weitere Daten, die von der öffentlichen Hand erhoben werden, wenn sie maschinenlesbar verfügbar sind, die Recherche der Preise, der Forschung und auch die Beteiligung der Bürger erleichtern, was zu mehr guten Ideen und zu konkreten Problemlösungen führt. Die entsprechenden Softwarelösungen können sicherlich zu Teilen aus Berlin übernommen werden. Sinnvoll wäre, dass die Software oberfrankenweit vereinheitlicht wird und als OpenSource zur Verfügung gestellt wird.

Eine Förderung durch die Oberfrankenstiftung oder durch Open-Data-Initiativen und Vereine ist sicherlich möglich. Darüber hinaus sind wir Piraten der Überzeugung, dass Verträge, die die öffentliche Hand schließt, in der Regel öffentlich sein sollten. Hierzu soll bei allen Ausschreibungen ein Passus eingefügt werden, der die Veröffentlichung der abgeschlossenen Verträge erlaubt.

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Leitlinie Bürgerbeteiligung Informationen

Antragssteller: [Marcus Dingreiter](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Quelle: [Antrag zum Bezirkspartei 2012](#) (wurde nicht mehr behandelt)

Antrag

Es wird beantragt, folgende kommunale Leitlinie zu beschließen:

Bürgerbeteiligung

Die Piratenpartei setzt sich auch in Oberfranken für eine Beteiligung der Bürger an politischen Prozessen ein. Es ist unsere feste Überzeugung, dass sich die Qualität politischer Entscheidungsprozesse deutlich verbessern lässt durch:

- Entsprechende Informationspolitik der öffentlichen Hand
- Frühzeitige Einbindung der Bürger
- Abrufbarkeit und Aktivierung von Wissen der Mitbürger
- Rückgriff auf Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen lokal und regional
- Förderung des Bürgerjournalismus

Der Prozess des Fragens und Antwortens zwischen Politik und Bürgern muss zwingend öffentlich und transparent stattfinden, um "unlautere" Einflussnahmen zu vermeiden bzw. öffentlich zu machen.

Bürgerbeteiligungssysteme

Bei großen Projekten befürworten wir den Einsatz digitaler Systeme, auf denen Bürger Ideen sammeln und bewerten können. Beispiele für derartige Systeme sind Adhocracy oder das von der Piratenpartei verwendete Liquid Feedback. Die Möglichkeit, auch technisch weniger versierten Benutzern derartige Systeme umfangreich zu erklären, kann z.B. über VHS Kurse realisiert werden. Die Entscheidungen derartiger Systeme sollten für Abgeordnete in Kommune, Landkreis oder Bezirk als Richtlinie dienen und helfen, Entscheidungen für den Bürger nachvollziehbar und beeinflussbar zu machen.

Bürgerbefragungen

Aktuell findet Politik ohne Berücksichtigung der Bürgermeinung statt. Nicht nur Themen wie „Stuttgart 21“ oder „Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke“ zeigen, wie der Bürger als eigentlicher Souverän des Staates von der politischen Willensbildung ausgeschlossen wird. Auch auf kommunaler Ebene lässt sich dies bei Großprojekten wie dem Klinikneubau Lichtenfels beobachten. Um die Beteiligung der Bürger zu gewährleisten, muss zu wichtigen Entscheidungen eine Bürgerbefragung erfolgen und deren Ergebnis in die Entscheidung einfließen. Dies muss insbesondere für ÖPPs (Öffentlich Private Partnerschaften), Raumordnungsverfahren, Planfestellungsverfahren und Landschaftsplanung gelten!

Bürgerversammlungen

Politik muss aus Sicht der Piraten Oberfranken zu den Menschen gehen. Deshalb befürworten wir z.B. einfache Maßnahmen wie Wanderstammtische mit Politikern verschiedener Parteien, um Politik zum Bürger zu bringen. Dort können die verschiedenen Konzepte von Parteien und Politikern vorgestellt werden. Anregungen, Sorgen und Ideen der Menschen können unmittelbar aufgegriffen werden. Auch Bürgerversammlungen zur Diskussion aktueller politischer Probleme auf Bezirksebene sollten zur Selbstverständlichkeit werden. Alle öffentlichen Veranstaltungen sollten ins Internet übertragen werden, damit auch entfernt wohnende oder nicht ausreichend mobile, interessierte Bürger an den Dialogen zwischen Politik und Bürgern teilhaben können.

Förderung des Ehrenamts

Das Ehrenamt ist ein wichtiger Teil der Gesellschaft, viele gemeinnützigen Tätigkeiten wie z.B. freiwillige Feuerwehren werden von den Bürgern in ihrer kostbaren Freizeit erledigt. Die Piraten Oberfranken setzen sich für eine umfassende Förderung des Ehrenamts ein. Dies kann z.B. durch organisatorische Maßnahmen auf Bezirksebene zur Vernetzung gemeinnütziger Vereine sowie durch Tagungen und Fortbildungen für ehrenamtlich Tätige in gemeinnützigen Vereinen erfolgen. Auch die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur wie Gebäude oder Flächen zählen wir hierzu.

Bürgerhaushalte

Die Piraten Oberfranken verfolgen das Ziel, Ausgaben von denen kontrollieren zu lassen, denen sie zustehen: den Mitgliedern der jeweiligen Gemeinschaft. Deshalb setzen wir uns für eine Selbstverpflichtung der Kommunalparlamente ein, über die Verwendung der Haushaltsmittel, die der kommunalen Gebietskörperschaft für freiwillige Ausgaben zur Verfügung stehen, im Rahmen eines öffentlichen Diskussions- und Entscheidungsprozesses mit allen Bürgern und ihrer Verwaltung zu entscheiden. Als Beispiel für eine solche Umsetzung eines Bürgerhaushaltes steht Hamburg, das zeigt, dass auf diese Weise bürgernahe Haushaltspolitik möglich ist. Aktuell sind viele Kommunen in Oberfranken hoch verschuldet. Eine Reihe von langfristigen (teils über mehrere Jahrzehnte dauernde) Verpflichtungen (z.B. "Öffentlich Private Partnerschaften") wurden eingegangen, die für die Bürger nur schwer nachvollziehbar sind. Der Sinn solcher Maßnahmen wird vor den Bürgern letztlich geheim

gehalten. Dies muss geändert werden! Die Piraten Oberfranken machen sich dafür stark, dass solche weit reichenden Entscheidungen künftig nur gemeinsam mit den davon betroffenen Bürgern in Oberfranken getroffen werden können. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist eine rechtzeitige und umfassende Information und Transparenz von Seiten der Kommunen, Landkreise und des Bezirks Oberfranken sowie ihrer jeweiligen Verwaltungen.

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Förderung des Radverkehrs

< [BY:Oberfranken](#) | [Bezirksparteitag 2013.1](#) | [Anträge](#)

Informationen

Antragssteller: [Benjamin Stöcker](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Pirate Feedback: [Initiative i8: Kommunale Leitlinie: Förderung des Radverkehrs](#)

Antrag

Es wird beantragt, folgende kommunale Leitlinie zu beschließen:

Förderung des Radverkehrs

Für die Piraten ist die Förderung des Radverkehrs – oder besser gesagt die Rücknahme von Benachteiligungen – ein wichtiger Bestandteil für ein gutes Verkehrskonzept in allen Kommunen. Eine Radfahrende Bevölkerung ist aktiver sowie nachweislich gesünder und glücklicher, wodurch sich die Gesundheitskosten senken und die Lebensqualität erhöhen lässt. Wenn man den Radverkehr nur als Freizeitbetätigung für den Sonntag behandelt, werden die Menschen sich auch nicht ermutigt fühlen ihren täglichen Verkehr auf das Rad umzulegen, vor allem dann, wenn die Autoinfrastruktur dafür perfekt ausgelegt wird.

Radwegbenutzungspflicht

Zur Radwegbenutzungspflicht gibt es viele Vorschriften und Urteile. Leider weisen die Kommunen Radwege häufig als benutzungspflichtig aus, obwohl sie nicht den rechtlichen Ansprüchen genügen. Die Maxime für Radwege in den Verwaltungen scheint es zu sein, das Rad um jeden Preis weg von der Straße zu bringen anstatt es gleichberechtigt am Verkehr zu beteiligen. Dadurch wird das Radfahren nicht nur unattraktiver, sondern auch gefährlicher. Deswegen muss gelten: Im Zweifel lieber keinen Radweg, als einen unzureichenden Radweg als benutzungspflichtig zu beschildern.

Radverkehr als Teil des Straßenverkehrs

Bei der Renovierung von alten und beim Anlegen von neuen Radwegen sollte innerorts in Zukunft Wert darauf gelegt werden, dass Radwege als Teil der Straße und nicht Teil des Gehsteiges betrachtet werden, da Radwege, die in die Straße integriert sind, nachweislich unfallärmer sind und ein schnelleres Vorankommen für Radfahrer bedeuten.

Bedarfsgerechte Radwegrenovierung und Ausbau

In einigen Landstrichen in Bayern sind die Radwege in einem schlechten Zustand. Baumwurzelschäden, Schlaglöcher und hohe Bordsteinkanten sorgen gerade bei schnellen Radfahrern für Material- und Personenschäden, sind unnötige Gefahrenquellen machen das Radfahren unattraktiv. Anderenorts sind Radwege nicht mehr für den wachsenden Radverkehr

ausgelegt und sollten verbreitert werden, um z.B. das Überholen problemfrei ermöglichen zu können.

Parkplätze für Radfahrer

Um möglichst viele Menschen davon zu überzeugen auf das Rad umzusteigen, sollte dafür gesorgt werden, dass vor allem an belebten Orten wie Innenstädten, Universitäten und Bahnhöfen genügend Parkmöglichkeiten für Fahrräder vorhanden sind. Dort sollten die Fahrräder auch so angekettet werden, dass sie angemessen gegen Diebstahl geschützt ist. Dabei sind prinzipiell für den Nutzer des Rades kostenlose Parkmöglichkeiten zu bevorzugen. Radparkhäuser, wie sie z.B. in Bamberg existieren sollten nur dann kostenpflichtig sein, wenn sie einen klaren Mehrwert schaffen.

Freie Fahrt für Radfahrer

Zur allgemeinen Förderung des Radverkehrs wäre es hilfreich, wenn Radfahrer möglichst selten mit Vorfahrtachten-Straßen kreuzen. Jedes Anhalten kostet gerade ungeübten Radfahrer unnötig Energie. In innenstadtnahen Bereichen kann man das Problem auch mit einer Grünen Welle bei 20 km/h, wie es in Belgien bereits einige Städte, abfedern. Auf Straßen in denen das nicht in Betracht kommt, könnten für Radfahrer Digitalanzeigen angebracht werden, die den Radfahrer vorher signalisieren, bei welcher Geschwindigkeit er an der nächsten Ampel nicht anhalten muss.

Offene Elektroradstation-Karte

Derzeit ist ein Trend zum Elektrofahrrad erkennbar. Um diesen Trend zu fördern werden in ganz Bayern Aufladestationen für die Elektrofahrräder eingerichtet. Für diese wäre – im Sinne von mehr Open Data – eine Karte auf Basis von OpenStreetMap gepflegt oder zumindest unterstützt von der Öffentlichen Verwaltung sinnvoll. So könnten die Informationen auf digitalen Endgeräten wie Smartphones von jedem verwendet werden.

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Leitlinie ÖPNV

Informationen

Antragssteller: [Benjamin Stöcker](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Quelle: [Antrag zum Bezirksparteitag 2012](#) (wurde nicht mehr behandelt)

Antrag

Es wird beantragt folgende Leitlinie für die kommunale Politik zu beschließen:

Eine sinnvolle Verkehrspolitik

Größere Städte wie zum Beispiel Bamberg sind oft geplagt von viel Verkehr. Dies bringt Umweltverschmutzung und Staus mit sich. Viele Städte bieten keine gute Alternative zum privaten Verkehr an. Vor allem Entwicklungen wie der Anschluss Bambergs an die Metropolregion Nürnberg bieten langfristig die Möglichkeiten den öffentlichen Personenverkehr auf Lang- und Kurzstrecken extrem auszubauen. Diese werden aber nur selten genutzt.

Oft ist es nachts nicht möglich auf öffentlichem Wege nach Hause zu kommen. Oft setzen sich Jugendliche deswegen trotz Alkoholkonsum hinter das Steuer. Dies erzeugt ein immenses Risiko. Die Piratenpartei sieht im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) das Potential solche Gefahren zu vermeiden und das Nachtleben in den Städten ruhiger und sicherer zu gestalten. Die Piratenpartei fordert deswegen:

- Höhere Dichte von Bus und Bahnverbindungen

- Ächtung von PKWs in Innenstädten
- Ausbau von Fußgänger- und Grünzonen innerhalb von Städten
- Ein umlagefinanzierter ÖPNV
- Das Resultat wäre eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Verkehrspolitik.

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Leitlinie Jugendkultur

Informationen

Antragssteller: [Kai Mast](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Quelle: [Antrag zum Bezirkspartei 2012](#) (wurde nicht mehr behandelt)

Antrag

Es wird beantragt, folgende kommunale Leitlinie zu beschließen:

Leitlinie Jugendkultur

Für jeden sind Amokläufe mit extremen Emotionen verbunden. Man versucht schnell einen Sündigen zu finden und meint diesen mit sogenannten "Killerspielen", wie Paintball oder Counterstrike, gefunden zu haben. Wir sind der Auffassung, dass das Problem tiefer liegt. Mobbing, soziale Ausgrenzung und Stress sind Dinge, die einen Jugendlichen oft zur Verzweiflung bringen. Die Flucht in die Digitale Welt ist dabei meist nur ein Symptom, ein Hilfeschrei.

Deshalb werden folgende Maßnahmen von den PIRATEN gefordert:

- Liberale Handhabung der Jugendkultur – Kriminalisierung von LAN-Parties verhindern
- Stärkere Einbindung von Pädagogen in Schulen zur Prävention von Mobbing
- Förderung elterlicher Medienkompetenz gegen die "digitale Kluft" zwischen Jung und Alt

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Wir in den Kommunalparlamenten (Selbstverpflichtung)

< [BY:Oberfranken](#) | [Bezirksparteitag 2013.1](#) | [Anträge](#)

Informationen

Antragssteller: [Benjamin Stöcker](#), [Marcus Dingleiter](#), [Stefan Betz](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Pirate Feedback: [Initiative i22: Kommunale Leitlinie: Verhalten Kommunalen Mandatsträger](#)

Antrag

Es wird beantragt folgende Leitlinie für die Kommunalpolitik zu beschließen:

Wir in den Kommunalparlamenten (Selbstverpflichtung)

Nach Art. 29 der Bayerischen Gemeindeordnung wird die Gemeinde durch den Gemeinderat verwaltet, soweit nicht der erste Bürgermeister selbständig entscheidet (Art. 37). Nach Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 der Bayerischen Gemeindeordnung erledigt der erste Bürgermeister in eigener Zuständigkeit insbesondere die laufenden Angelegenheiten, die für die Gemeinde keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten

lassen. Gleichbedeutende Vorschriften existieren für das Verhältnis von Landkreisen und Landräten (Art. 22, 23 und 34 der Bayerischen Landkreisordnung) sowie Bezirkstag und Bezirkstagspräsidenten. (Art. 21, 22 und 33 der Bayerischen Bezirksordnung). Danach obliegt die Entscheidungsbefugnis in allen Bereichen grundsätzlicher Art den Kommunalparlamenten und nicht den Bürgermeistern, Landräten oder dem Bezirkstagspräsidenten. In der Praxis ist oftmals eine gegenteilige Tendenz zu beobachten, nämlich eine faktische Beherrschung der Kommunalparlamente durch Bürgermeister, Landräte oder Bezirkstagspräsidenten bzw. ihrer zugehörigen Verwaltungen. Politisches Ziel der PIRATEN Oberfranken ist es, die gesetzlich geregelten Kompetenzvorschriften der Bayerischen Gemeindeordnung, der Bayerischen Landkreisordnung und der Bayerischen Bezirksordnung in der Praxis auch durchzusetzen. Für die Kommunalparlamente ist deren gesetzliche Entscheidungskompetenz vom Entscheidungsprozess bis zur politischen Entscheidung sicherzustellen. Die Meinungsbildung der Kommunalparlamente ist durch entsprechende Bürgerbeteiligung an den Entscheidungsprozessen zu ergänzen. Etwaige Machtverschiebungen zugunsten von Bürgermeistern, Landräten oder Bezirkstagspräsidenten bzw. den Verwaltungen sind transparent zu machen und zu korrigieren.

Wir PIRATEN Oberfranken werden, wenn wir gewählt werden, unsere Aufgabe in den Kommunalparlamenten so wahrnehmen, dass die Gemeinderäte, Kreisträte, der Bezirkstag wieder das Sagen haben und nicht Bürgermeister, Landräte oder ein Bezirkstagspräsidenten.. Wir werden keinesfalls nur Vorlagen der Verwaltung durchwinken. Wir werden uns für Transparenz-Regelungen in den Satzungen von Kommunalen GmbHs, Zweckverbänden oder allen anderen Institutionen einsetzen, auf die von den Kommunalparlamenten Aufgaben übertragen werden. Wir werden faktische Machtverschiebungen zugunsten von Bürgermeistern, Landräten oder Bezirkstagspräsidenten - soweit diese vom gesetzlichen Leitbild abweichen - transparent machen und öffentlich kritisieren. Wir werden ferner überprüfen, inwieweit die Übertragung von Aufgaben an Ausschüsse zu Intransparenz und Machtverschiebungen führt, die mit den gesetzlichen Leitbildern unvereinbar sind. Ggf. werden wir auf Korrekturen in allen Bereichen, die mit den gesetzlichen Leitbildern aktuell unvereinbar sind, hinwirken.

Sonstige Anträge

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Landkreise von Thüringen nach Oberfranken

Informationen

Antragssteller: Marcel Brozek, Uwe Müller, Peter Gossrau, Johannes Reichhardt

Antrag

Die Versammlung möge beschließen, dass die Piratenpartei in Oberfranken der Idee des Länderwechsels der in Thüringen befindenden Landkreise Hildburghausen und Sonneberg zu dem Bezirk Oberfranken in Bayern positiv gegenüber steht.

Begründung

Kurzbegründung

Die Idee ist nicht neu Die aktuellen Landräte der beiden thüringischen Landkreise sind stark dafür und auch viele Bürger, da sie sich unter anderem von der Landesregierung Thüringen massiv vernachlässigt fühlen Die Landkreise sehen sich mehr als Franken als Thüringer

Grundlagen/ Begründung

die Grundlagen sind laut GG Artikel 29 gegeben.

Auszug: (1) Das Bundesgebiet kann neu gegliedert werden, um zu gewährleisten, dass die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können. Dabei sind die landsmannschaftliche Verbundenheit, die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit sowie die Erfordernisse der Raumordnung und der Landesplanung zu berücksichtigen.

Sonneberg

- ausgebauter Infrastruktur, angliedernd direkt an den Landkreis Kronach und Coburg
- wirtschaftliches und demografisches Potential in Sonneberg bilden für die Zukunft Oberfrankens einen wichtigen Faktor, bedenkt man die Abwanderung in Oberfranken. Firmenansiedlungen, etc. ist in Sonneberg problemlos realisierbar.
- Steigerung der Lebensqualität der Bürger in den Lk Sonneberg
- geschichtlich und kulturell mit Franken verbunden, z.B. Nahrung, Bezug, ehemalige Verwaltung, Verwandtschaft etc.
- Sonneberger sind Franken
- die Menschen fühlen sich von der Landesregierung Thüringen im Stich gelassen

Hildburghausen

- sehr starke geschichtliche Verbundenheit mit Franken, war eine fränkische Siedlung
- ausgebauter Infrastruktur, angliedernd an das Coburger Land, Gefühl der Verbundenheit
- Gemeinschaft der früheren Poliklinik mit dem Lk Coburg und dem LK Sonneberg, einmalig in Deutschland, zeigt gleichzeitig wo sich beide thüringischen Landkreise sehen
- wichtiger Wirtschaftsdrehpunkt zwischen Coburg und Meiningen/Suhl

Angliederung A73 die bis Suhl führt und beide Landkreise verbinden

LK Kronach

Steinbach am Wald und Tettau wollten mal nach Thüringen, das kann damit auch verhindert werden

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Ämterkumulierung Bernd Fischer

Informationen

Antragssteller: [Maximilian Rybka](#) (eingestellt i.A. durch [Stefan Bassing](#))

Quelle: E-Mail an den Bezirksvorstand

Antrag

Hiermit beantrage ich, Maximilian Rybka, Herrn Bernd Georg Fischer neben seinem Amt als Beisitzer im Bezirksvorstand die Kandidatur und das begleitende des Amtes eines Beisitzers im Kreisverband Coburg zu gestatten.

Begründung

Obwohl ich absolut kein Freund von Ämterkumulierung bin, sehe ich es für den Kreisverband Coburg doch als gewinnbringend Bernd als Beisitzer in den Kreisvorstand zu wählen. Ich sehe die Funktion der Beisitzer in unserem Kreisvorstand als Berater. Gerade in Hinblick auf

den Wahlkampf ist hier seine Meinung als gewählter Direktkandidat von besonderem Gewicht. Da die anstehenden Beschlüsse des am 19. Februar neu zu wählenden Kreisvorstandes wohl hauptsächlich die Ausgestaltung des Wahlkampfes betreffen, möchte ich diesem Gewicht durch Wahl von ihm in den Kreisvorstand entsprechend Ausdruck verleihen. Einen grundsätzlichen Interessenskonflikt mit seinem Amt als Beisitzer im Bezirk sehe ich aktuell nicht. Im Einzelfall - so bin ich überzeugt - wird er seinem Gewissen nach zum Besten der gesamten Partei handeln.

Ich möchte daher den Bezirksparteitag bitten, Bernd die notwendige Genehmigung zur Führung des Amtes zu genehmigen.

BY:Oberfranken/Bezirksparteitag 2013.1/Anträge/Meinungsbild über Ämterkumulierung M.Brozek

Informationen

Antragssteller: [Marcel Brozek](#)

Antrag

Die Versammlung möge ein Meinungsbild abgeben zu der aktuellen Kumulierung von M. Brozek.

Begründung

Bei der Entstehung der Kumulierung waren einige Unklarheiten und ich möchte wissen ob ich weiterhin genügend Unterstützung im Bezirk für die Ausführung eines Beisitzes im Bezirk habe.